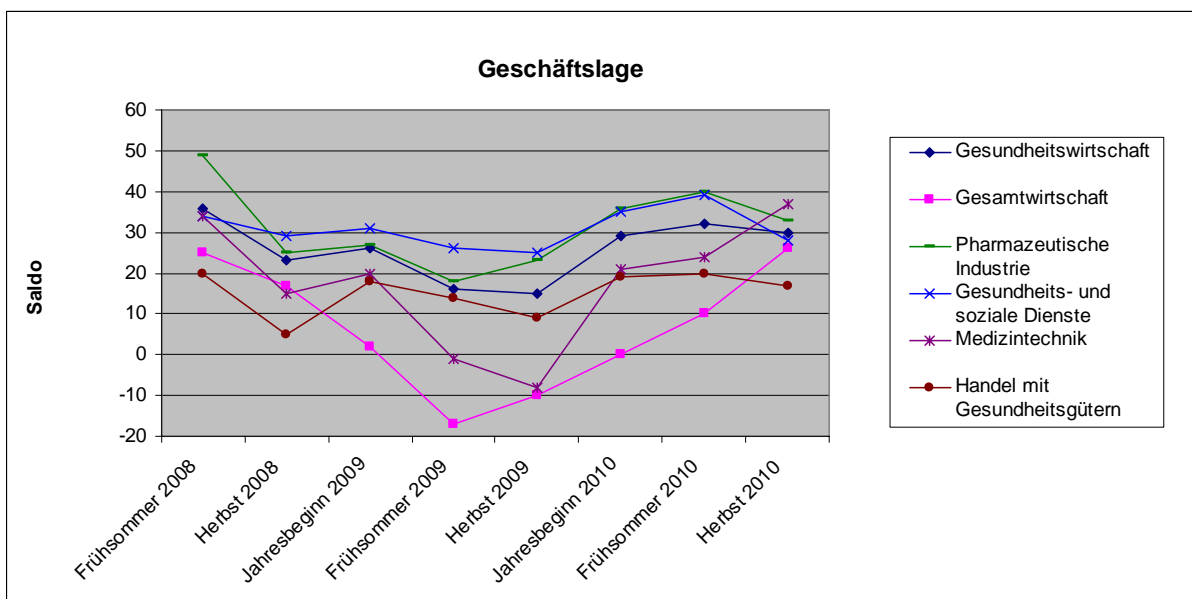


Sonderauswertung der DIHK-Konjunkturumfrage Herbst 2010: Gesundheitswirtschaft

Die wirtschaftliche Lage stabilisiert sich insgesamt weiter, und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesundheitswirtschaft bleibt im Branchenvergleich überdurchschnittlich – wie bereits seit Krisenbeginn 2008. Doch ihr Vorsprung schrumpft. Das ist Ergebnis der neuesten Sonderauswertung Gesundheitswirtschaft der aktuellen DIHK-Konjunkturumfrage vom Herbst 2010. Über 28.000 Unternehmen haben hieran teilgenommen, davon über 800 aus der Gesundheitswirtschaft.

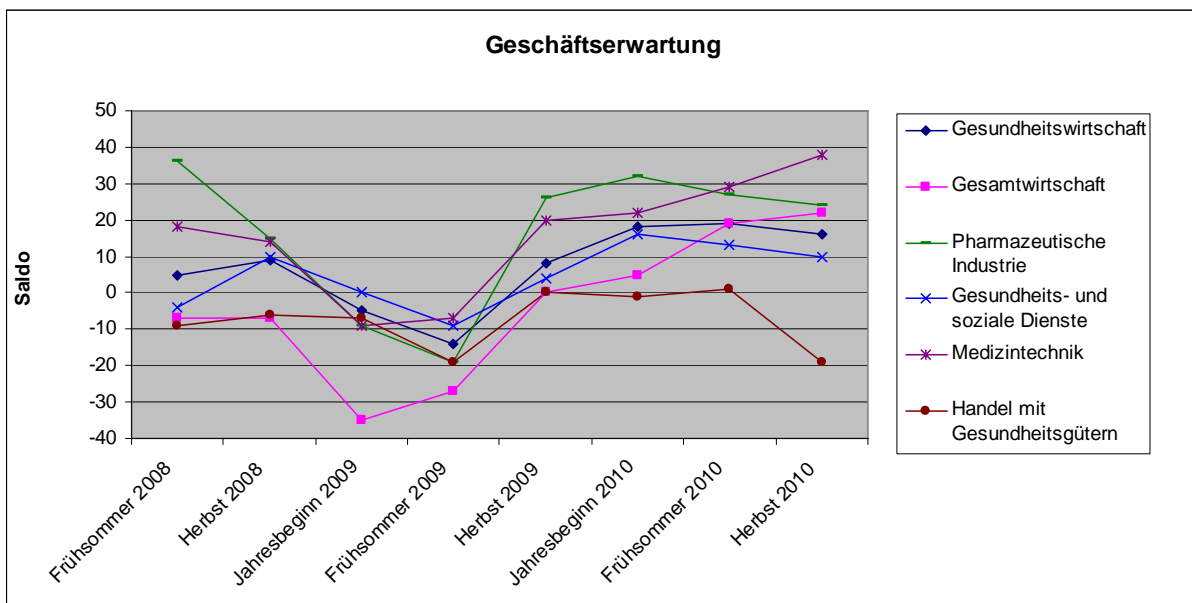
Geschäftslage hält hohes Niveau

Die relativ gute Lage in der Gesundheitswirtschaft verfestigt sich. Die Medizintechnik weist eine erneute Verbesserung auf. Der Saldo aus Unternehmensantworten, die sich in einer guten Lage (44 Prozent), und derer, die sich in einer schlechten Lage (sieben Prozent) sehen, steigt dort von plus 24 auf plus 37. Die übrigen Einzelbranchen der Gesundheitswirtschaft verzeichnen hingegen teilweise eine leichte Abschwächung. So sinkt der Saldo in der Pharmaindustrie von plus 40 auf plus 33, bei den Gesundheits- und sozialen Diensten reduziert sich der Saldo von plus 39 auf plus 28. Allerdings liegen sie damit ausnahmslos noch weit im positiven Bereich. Mit Ausnahme des Gesundheitshandels fallen die Lagebeurteilung zudem in allen Branchen der Gesundheitswirtschaft besser aus als in der Wirtschaft insgesamt (Saldo: plus 26). Allerdings schlägt sich die zunehmend investitions- und konsumgetriebene konjunkturelle Erholung in den Gesundheitssparten weniger stark nieder als in den übrigen Teilen der Wirtschaft. Der Rückstand bei der Lageeinschätzung der Gesamtwirtschaft schmilzt daher von 22 Punkten im Frühsommer auf aktuell nur noch vier Punkte).



Geschäftserwartungen weiterhin positiv

Die Erwartungen für die Geschäftsentwicklung in der Gesundheitswirtschaft können ihr bereits hohes Ausgangsniveau nicht halten. So sinkt der Antwortensaldo aus den Betrieben, die eine gute Entwicklung erwarten, und denen, die eine schlechte Entwicklung erwarten, in der pharmazeutischen Industrie von plus 27 in der Vorumfrage auf plus 23, bei den Gesundheits- und sozialen Diensten von plus 13 auf plus zehn. Im Gesundheitshandel wird deutlich pessimistischer in die Zukunft gesehen. Hier verschlechtern sich die Erwartungen von einem positiven Saldo von plus eins auf einen negativen Wert von minus 19. Die angekündigten Pharmaregulierungen mit neuen Einschränkungen auf den unterschiedlichen Handelsstufen belasten die Geschäftsperspektiven im Gesundheitshandel spürbar. Die Medizintechnik dagegen zeigt nochmals steigende Zuversicht. Mit einem positiven Saldo von plus 38 gegenüber plus 29 in der letzten Umfrage sticht der Optimismus dieser Branche deutlich heraus. Er ist in weiten Teilen vom Export gestützt, wie die Zahlen zu den Außenhandelserwartungen nahelegen.



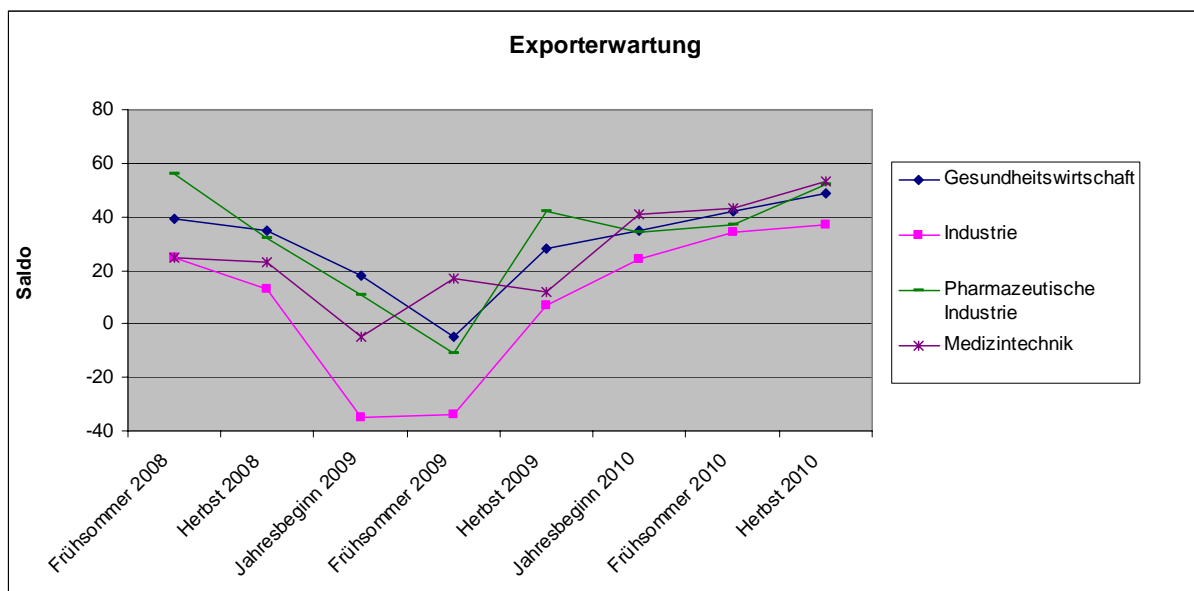
Exportoptimismus wächst weiter

Die exportorientierten Unternehmen der Gesundheitswirtschaft erwarten eine ausgesprochen positive Entwicklung ihrer Ausfuhren in den kommenden Monaten. Im Gesamtsaldo liegt die exportorientierte Gesundheitswirtschaft mit plus 49 Punkten ein gutes Stück vor der gesamten Industrie (plus 37 Punkte). So wächst der Exportoptimismus in der Medizintechnik und in der Pharmaindustrie weiter (Saldoverbesserung von plus 43 auf plus 53 bzw. von plus 37 auf plus 52 Punkte). Anders als in der Medizintechnik spiegelt sich die äußerst positive Entwicklung der Exporterwartungen in der Pharmabranche nicht in ihren Geschäftserwartungen wider. Ihr Inlandsgeschäft wird durch die geplanten Regulierungen bei der Preisbildung für die Arzneimittelhersteller belastet.

Wie schon in den Monaten der Krise zeigt sich auch am aktuellen Rand, dass der Export als wichtiger Pfeiler der Gesundheitswirtschaft an Bedeutung gewinnt. Hier liegen weitere Chancen gerade für kleinere Unternehmen. Der Antwortensaldo der

Unternehmen mit bis zu 200 Beschäftigten fällt mit plus 46 Punkten nicht ganz so gut aus wie bei größeren Unternehmen. Die optimistischen Exporterwartungen haben die mittelgroßen Unternehmen – im kleineren Mittelstand (200 bis 500 Mitarbeiter) liegt der Exportsaldo bei 58 Punkten, im größeren Mittelstand (500 bis 1000 Mitarbeiter) sogar bei 61 Punkten. Damit ist ihr Exportoptimismus spürbar größer als unter den Großunternehmen der Gesundheitswirtschaft (Saldo: 49 Punkte).

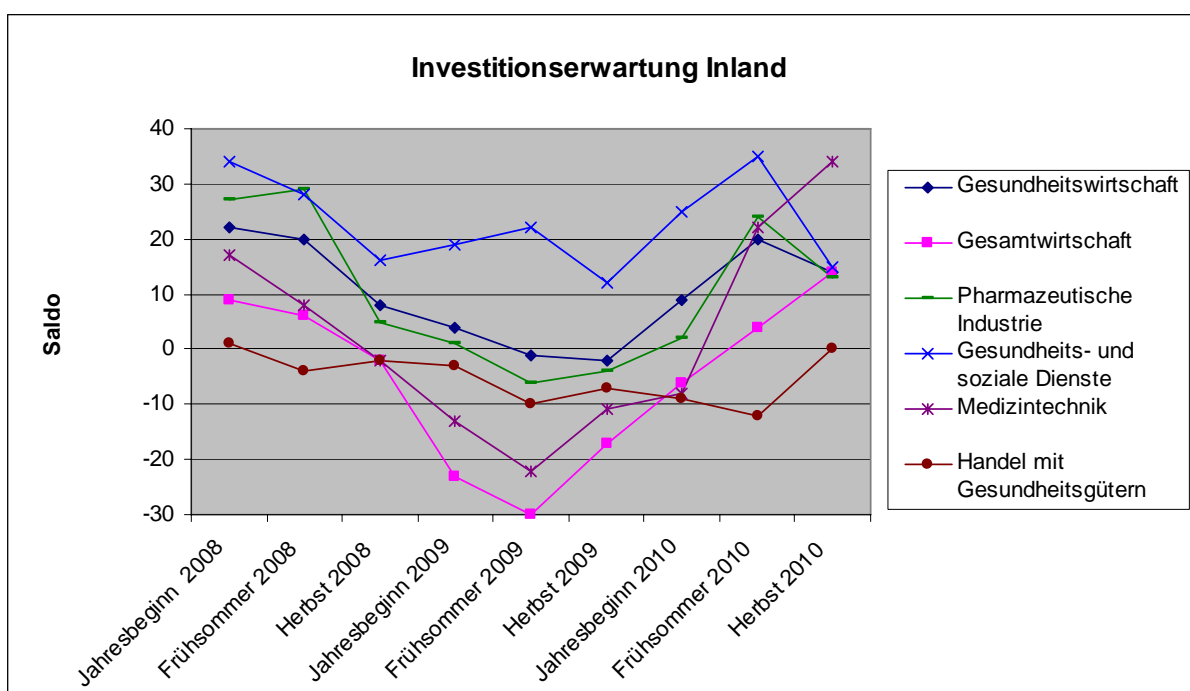
Der Export als Teil des zweiten Gesundheitsmarktes liegt außerhalb der einschränkenden Grenzen der Versicherungsfinanzierung. Er bietet auch kleinen Spezialisten die Möglichkeit, am Wachstum in vielen Ländern und damit auch an der steigenden Nachfrage nach Gesundheitsgütern weltweit teilzuhaben. Um dies gerade auch der relativ kleinteiligen Medizintechnikbranche noch besser zu ermöglichen, strebt die Bundesregierung eine Initiative zur Förderung der Exporte der Gesundheitswirtschaft und der Medizintechnik an. Die IHK-Organisation unterstützt dieses Vorhaben und kann insbesondere durch ihr weltweites Netz der Auslandshandelskammern gerade kleinen und mittleren Unternehmen den Marktzugang in die Auslandsmärkte erleichtern. Hier sind sowohl die klassischen Exportländer wie die USA oder die europäischen Nachbarn zu nennen. Aber auch die großen und wachsenden Volkswirtschaften wie insbesondere die BRIC-Staaten spielen eine zunehmende Rolle. So sorgt einerseits die demographische Entwicklung in einigen dieser Länder für zusätzliche Nachfrage nach deutschen Gütern und zunehmend auch Dienstleistungen. Andererseits erhöht auch zunehmendes Wirtschaftswachstum die Nachfrage. Aber auch kleinere Länder wie beispielsweise Chile oder Finnland fragen bereits heute verstärkt deutsches – teilweise sehr spezialisiertes – Know-how nach. Hier liegen also noch beträchtliche Exportchancen.



Gesundheitswirtschaft investiert nicht mehr ganz so kräftig

Die Investitionsplanungen der Gesundheitswirtschaft sind im Herbst nicht mehr ganz so expansiv wie im Frühsummer. Mit einem durchschnittlichen Saldo von plus 14 zieht die Gesamtwirtschaft nunmehr mit der Gesundheitswirtschaft – die leicht von

plus 20 auf plus 14 Punkte fällt – gleich. Dabei unterscheiden sich die Absichten der einzelnen Branchen der Gesundheitswirtschaft sehr deutlich. Die Gesundheits- und sozialen Dienste, die in den vergangenen Monaten stark zunehmende Investitionspläne aufwiesen, bremsen diese nun, verbleiben aber – von einem Saldo von plus 35 in der letzten Umfrage kommend – bei plus 15 auf hohem, positivem Niveau. Auch die Pharmabranche plant einen geringeren Investitionszuwachs als zuvor, ihr Antwortensaldo sinkt von plus 24 auf plus 13 Punkte. Die Medizintechnik dagegen ist erneut ein positiver Ausreißer: Der Saldo der Investitionsabsichten der Betriebe wächst von plus 22 auf plus 34 Punkte – im Vergleich zur Gesamtwirtschaft ein deutlich überdurchschnittlicher Wert. Ebenfalls verbessert zeigen sich die Investitionsabsichten beim Handel mit Gesundheitsgütern. Der Saldo liegt nunmehr bei null Punkten, wohingegen die vergangene Umfrage noch einen negativen Saldo von minus zwölf Punkten zeigte.

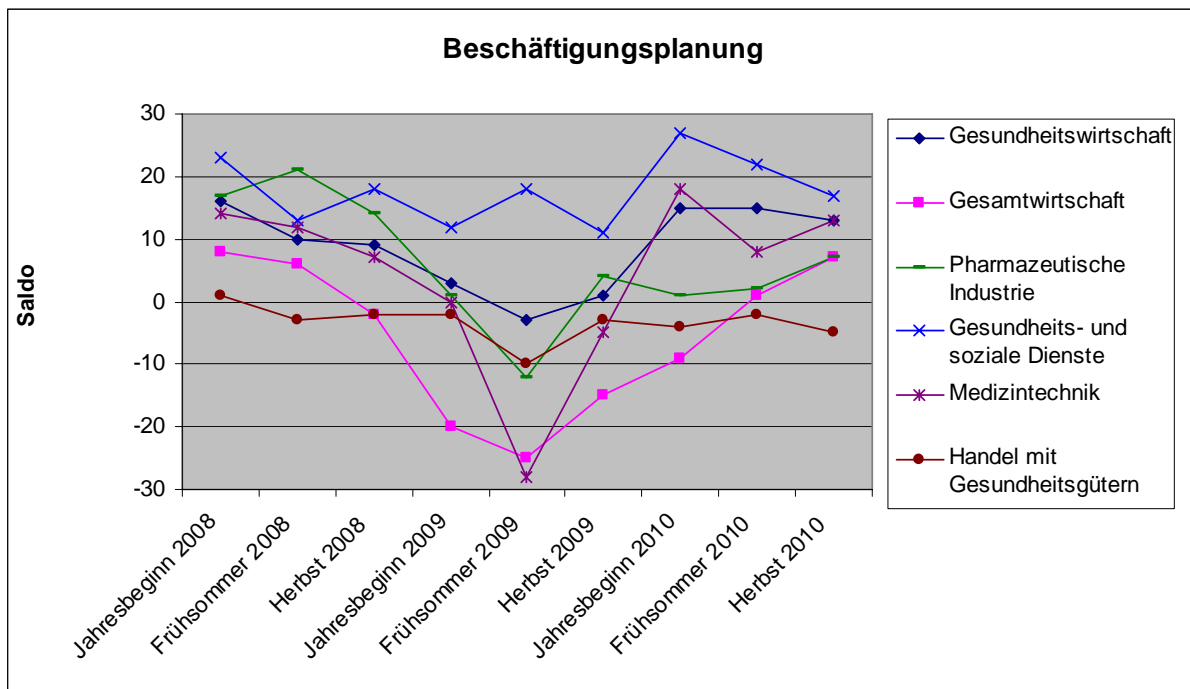


Gesundheitssparte Beschäftigungstreiber Nr. 1

Die Unternehmen der Gesundheitswirtschaft planen auch in den kommenden Monaten per Saldo einen fast unverändert kräftigen Beschäftigungsaufbau (Saldo von plus 13 gegenüber plus 15 Punkten in der Vorumfrage). Insgesamt ist hier mit einem Zuwachs von 60.000 Arbeitsplätzen zu rechnen. Bei den Gesundheits- und sozialen Diensten zeigt sich ein leichter Rückgang, wie auch bei den geringer ausfallenden Investitionsplänen. Der Saldo von Betrieben, die einen Beschäftigungsaufbau planen, und denen, die einen Abbau befürchten, sinkt von plus 22 auf plus 17 Punkte. Dies entspricht einem nur leicht verlangsamten Beschäftigungsaufbau. Die Pharma- und die Medizintechnikbranche wollen hingegen noch mehr einstellen. Dort legen die Salden merklich zu (von plus zwei auf plus sieben bzw. von plus acht auf plus 13 Punkte). Einzig die Unternehmen des Handels mit Gesundheitsgütern haben zurück-

haltende Personalplanungen. Allerdings ist der Saldo von minus fünf Punkten so gering, dass erfahrungsgemäß kein Beschäftigungsabbau zu befürchten ist.

Insgesamt blickt die Gesundheitswirtschaft also weiter zuversichtlich in die Zukunft, und diese Sparte wird auch künftig ein dominierender Beschäftigungstreiber bleiben.



Risiko Politik, Bremse Fachkräftemangel

Die Gesundheitswirtschaft betrachtet die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit deutlich größerer Sorge als die Gesamtwirtschaft. 53 Prozent der Unternehmen der Gesundheitsunternehmen nennen dies als Risiko für ihre Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten – deutlich mehr als jedes andere Risiko. In der Gesamtwirtschaft (40 Prozent) ist es nur das drittgrößte. Vor allem im Handel mit gesundheitsbezogenen Gütern (65 Prozent) und in der Pharmaindustrie (61 Prozent) ist die Sorge um die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen groß.

Dies zeigt die Abhängigkeit dieses Sektors von einem System wie der Gesetzlichen Krankenversicherung, die starker Regulierung unterliegt. Das Ergebnis spiegelt dementsprechend die Sensibilität bei den Akteuren gegenüber staatlichen Eingriffen wider. Insgesamt müssen sich die Akteure mit einer hohen Reformdichte im Gesundheitssektor auseinandersetzen. Eine gute Politik sollte daher vor allem Planungssicherheit herstellen und Reformen umsetzen, die erkennbar auf klar kommunizierte, nachvollziehbare Ziele gerichtet sind.

Auch der zunehmende Fachkräftemangel bereitet gerade der Gesundheitswirtschaft Sorgen. 33 Prozent der Betriebe der Gesundheitswirtschaft sehen den Mangel an geeigneten Fachkräften als das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Betriebe - gegenüber 30 Prozent zu Beginn des Jahres. Den stärksten Zuwachs verzeichnen die Pharmaindustrie mit einem Anstieg von neun Prozent auf 21 Prozent sowie die Medizintechnik mit einem Anteil von 27 Prozent gegenüber 16 Prozent zu

Jahresbeginn. Bei den Gesundheits- und sozialen Diensten - in denen mit knapp 3,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fast zwölf Prozent der Gesamtbeschäftigten angestellt sind - sehen sogar 56 % den Fachkräftemangel als größtes Risiko.

Der Fachkräftemangel zeigt auch branchenübergreifendes Gefährdungspotenzial. Als Risikofaktor hat er im Durchschnitt über alle Branchen in der deutschen Wirtschaft seit Anfang 2010 das größte Wachstum verzeichnet: Gegenüber damals 16 Prozent sehen nun 27 Prozent der Betriebe hierin das größte Risiko für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Unternehmens. Zur Bekämpfung des Fachkräftemangels können die Betriebe ihren Anteil leisten – und tun dies auch bereits verstärkt. Familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten, wo sie sinnvoll möglich sind, sowie betriebliche Gesundheitsförderung, um die Beschäftigungsfähigkeit von Mitarbeitern zu erhalten, sind nur zwei Beispiele dafür, wie sich Unternehmen einbringen können. Hier liegt aber für alle Beteiligten noch viel Potenzial, das es zügig zu heben gilt. Bei der Frage des Fachkräftemangels muss die Politik jedoch ebenfalls aktiv werden. Sie muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass etwa Potenziale bei der Beschäftigung Älterer, bei Müttern und Vätern oder bei geringeren Qualifizierten gehoben werden können. Auch sollte sie beispielsweise die Zuwanderungsregelungen für ausländische Fachkräfte sinnvoller und bürokratieärmer gestalten und insgesamt stärker an der Qualifizierung ausrichten.

Das Risiko steigender Arbeitskosten belastet ebenfalls die Gesundheits- und sozialen Dienste in besonderem Maße (48 Prozent nennen dieses als eines der Hauptrisiken). Gerade steigende Lohnzusatzkosten sind in weiten Teilen von der Politik steuerbar. Hier muss auf ökonomisch vernünftige Lösungen gedrängt werden, beispielsweise durch eine konsequente Abkopplung der Kranken- und Pflegeversicherung von den Lohnkosten.

Die exportorientierten Branchen Medizintechnik und Pharma sehen auch die Wechselkursrisiken mit gewisser Sorge (26 respektive zwölf Prozent der Betriebe gegenüber 17 Prozent in der Gesamtindustrie). Der steigende Eurokurs macht deutsche Gesundheitswaren im Ausland teurer und belastet Absatz und Margen. Immerhin werden importierte Vorleistungen jedoch für die Unternehmen günstiger. Das dämpft auch den Anstieg bei Rohstoffen. Das Risiko steigender Energie- und Rohstoffpreise fürchten 46 Prozent der Pharma- und 40 Prozent Medizintechnikunternehmen.

Definition der Gesundheitswirtschaft, die der DIHK-Auswertung zu Grunde liegt

Zu der Gesundheitswirtschaft zählen in dieser Analyse:

- Herstellung von pharmazeutischen Erzeugnissen
- Herstellung von Bestrahlungs- und Elektrotherapiegeräten und elektromedizinischen Geräten
- Reparatur und Wartung von Medizintechnik
- Herstellung von medizinischen und zahnmedizinischen Apparaten und Materialien
- Handelsvermittlung von pharmazeutischen Erzeugnissen, medizinischen und orthopädischen Artikeln und Laborbedarf, Ärztebedarf, Dentalbedarf, zahnärztlichen Instrumenten, Krankenhaus- und Altenpflegebedarf
- Großhandel mit pharmazeutischen, medizinischen und orthopädischen Erzeugnissen
- Apotheken
- Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln
- Versandhandel mit pharmazeutischen Erzeugnissen
- Krankenversicherungen
- Forschung und Entwicklung im Bereich Biotechnologie
- Forschung und Entwicklung in den Bereichen Medizin und Pharmazie
- Beratung im Gesundheitswesen
- Vermietung von medizinischen Geräten
- Desinfektion u. Reinigung v. Praxen u. Krankenhäusern
- Gesundheitswesen (Krankenhäuser (darunter auch Vorsorge- und Rehabilitationskliniken), Arzt- und Zahnarztpraxen, Massagepraxen, Heilpraktikerpraxen etc.)
- Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime) (Pflegeheime, Altenheime)
- Sozialwesen (ohne Heime) (u.a. Soziale Betreuung älterer Menschen, aber auch Tagesbetreuung von Kindern)

Hinweis: Die Angaben zu der hier ausgewerteten Umfrage werden von IHK-Mitgliedern gemacht, beispielsweise also nicht von öffentlichen Einrichtungen oder ausschließlich freiberuflich Tätigen. Der Bereich der Gesetzlichen Krankenkassen ist hier ebenfalls nicht aufgenommen. Er zählt aber zu einer umfassenden Definition der Gesundheitswirtschaft selbstverständlich hinzu.

Berlin, 19.11.2010
B2/Zim